

Die „Vielfalt“ ist ein mörderischer Irrweg



Fast schon täglich

wird in den Frankfurter Zeitungen über salafistische Umtriebe und aus der orientalischen Einwanderung stammende Straf- und Gewalttäter, über Ehrenmorde, in den syrischen Bürgerkrieg strömende Jugendliche und Aktivitäten islamistischer Organisationen berichtet. Selbst die Justizbehörden sind nicht mehr sicher vor den Attacken jener „Südländer“, wie die meist jungen Aggressoren gemäß den Geboten der „Politischen Korrektheit“ in den meisten Medien verdruckst bezeichnet werden. Fast täglich also dementiert die gesellschaftliche Realität das propagandistische Geschwafel vom angeblichen Segen der „Vielfalt“ und der Bereicherung Deutschlands durch die Masseneinwanderung Kulturfremder.

(Von Wolfgang Hübner, Frankfurt)

Doch seit dem im Herbst 2010 mit großer Mehrheit gefassten Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, in Frankfurt das gesellschaftspolitische Ziel der Integration von Migranten durch das zutiefst ideologisch-multikulturell geprägte „Vielfalt“-Konzept zu ersetzen, gibt es keinerlei politisch-kulturelles Hindernis mehr für die ungehemmte Entfaltung islamistischer Aktivitäten. Denn zu diesen hatte und hat das besonders von der grünen Stadträtin Eskandari-Grünberg betriebene „Vielfalt“-Konzept kein anderes Rezept als die

ebenso hilf- wie fruchtlose Mahnung mit dem Grundgesetz. Die „Vielfalt“-Befürworter wollen oder können bis heute nicht begreifen, dass für jeden bekennenden Moslem – sei er nun gemäßigt oder extrem – Koran und Scharia ungleich bedeutsamer sind als das deutsche Grundgesetz.

Vor allem deswegen steht der schwarz-grüne Magistrat ohnmächtig vor Entwicklungen wie offenen und versteckten Koranverteilungsaktionen von Salafisten und immer neuen islamistischen Landnahmen in verschiedenen Stadtteilen – allerdings nie in den grünen Hochburgen Westend und Nordend. Und nach dem offiziell so skandalös heruntergespielten Schockerlebnis mit dem in Frankfurt aufgewachsenen jungen Moslem, der 2011 am Flughafen zwei US-Soldaten tötete und zwei weitere zu lebenslangen Krüppeln schoss, nach dem grausamen „Ehrenmord“ an einer jungen Afghanin durch den eigenen Vater sowie den in Syrien ums Leben gekommenen Dschihad-Schülern aus Frankfurt ist längst klar, dass die „Vielfalt“ von Eskandari-Grünberg und ihren fürstlich honorierten Ideologen mörderischen Folgen Tür und Tor geöffnet hat. Das wird auch so lange der Fall sein, so lange dieses fatale und illusionäre Konzept der gesellschaftlichen Desintegration nicht vollständig aufgegeben und wieder Integration zum alternativlosen Ziel erklärt wird.

Es waren im Herbst 2010 ganz allein die Freien Wähler in Frankfurt, die sich offen, begründet und entschieden für Integration und gegen das „Vielfalt“-Konzept gestellt haben. Die gesellschaftliche Realität beweist, wie richtig diese Position war und ist. Doch es ist ein typisches Charakteristikum ideologisch bedingter Realitätsverweigerung, sich unbequemen Erfahrungen und Erkenntnissen auch und gerade dann zu verweigern, wenn diese längst offensichtlich sind. Ein besonders prägnantes Beispiel für diese ideologisch bedingte Realitätsverweigerung ist in dem „Vielfalt“-Konzept die Theorie der Bildung und Vermischung von „Milieus“, die angeblich eine Integration alten Stils, also der Anpassung von

Einwanderern in die deutsche Gesellschaft und Kultur, nicht mehr notwendig machten.

Die Lüge von der „Milieuvermischung“

In einem Interview mit der linken Frankfurter Rundschau vom 19. Februar 2014 wurde der in Mannheim lehrende, aus Frankfurt stammende Erziehungswissenschaftler Rainer Kilb, gewiss keiner rechtspopulistischen Tendenzen verdächtig, befragt, ob es „einen Verlust von städtischer Gemeinschaft“ gäbe. Professor Kilbs aufschlussreiche Antwort darauf: „Ja, die Milieus trennen sich zunehmend voneinander... Insofern kann man eigentlich nicht von einer Stadtgesellschaft sprechen, sondern höchstens von unterschiedlichen Stadtgesellschaften, die sich weder sozial noch räumlich begegnen müssen. Die Lebensgewohnheiten am Bügel im Norden etwa haben mit denen des hedonistischen Westendmilieus überhaupt nichts zu tun.“

Liest man weiter in dem Interview mit dem Spezialisten für Jugendgewalt, Stadtentwicklung und Quartiersmanagement, wird nur zu deutlich, dass Kilb zwar die Realität erfreulich ungeschönt schildert, aber auch keinerlei überzeugendes Rezept zur Lösung der immer größer werdenden Probleme anzubieten hat. Auch dazu eine interessante Äußerung von Kilb in dem Interview: „Es sollte in einer Stadt möglichst zahlreiche Gelegenheiten geben, sich in der für die Stadt typischen Vielfalt zu begegnen. Die Wohlhabenden sollten den Verarmten zumindest an einigen Orten begegnen müssen; sie sollten erleben können, wie sich Armut sinnlich darstellt ... Erst solche Impulse schaffen womöglich kritisches Nachdenken oder bürgerschaftliches Engagement.“

Diese Äußerung beweist zweierlei: Auch Kilb ist letztlich der Ideologie der „Vielfalt“ verhaftet. Und der Mannheimer Professor beschwört Begegnungen, die tatsächlich immer mehr vermieden werden – zumal Begegnungen mit Jugendlichen aus jener orientalistisch-islamischen Einwanderungsgruppe, die sich mit dem Segen des „Vielfalt“-Konzepts leider nicht nur durch

demonstratives Kopftuchtragen, sondern auch durch Gewalteinsatz der Integration in die Noch-Mehrheitsgesellschaft Frankfurts verweigern.

Es sind aber nicht diese irreguleiteten Jugendlichen, die besondere Schuld auf sich laden, sondern jene Ideologen und Politiker, die nach wie vor an dem inzwischen längst bundesweit propagierten „Vielfalt“-Konzept festhalten, das in der gesellschaftlichen Realität tagtäglich scheitert und dessen Scheitern von einer immer größeren Blutspur dokumentiert wird. Es wird Zeit, die Verantwortung für diese hochgefährliche Entwicklung mit aller gebotenen Deutlichkeit zu benennen. Denn es geht nicht um die Richtigkeit oder Unrichtigkeit von Theorien und Konzepten, sondern es geht um die Schicksale und das Leben von ganz realen Menschen.

(Foto oben: Teilnehmer einer Pierre Vogel-Kundgebung 2011 in Frankfurt)